Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat bei der Inserate in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 68.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis 12 Pfg. für die 5gespaltene Kurrentzeile oder deren Raum, Tabellensatz 1½ Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Inserat- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 6spaltige 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25%. Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen teuer. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sollen nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 43. | Mittwoch den 20. Februar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Dünaburg und Luck in deutschem Besitz.

Jubiläumstagung der Landwirte.

25jähriges Bestehen.

Berlin, 18. Februar.

Die heutige Generalversammlung des Bundes der Landwirte steht unter einem ganz besonders erfreulichen Zeichen! Die umfassendste wirtschaftspolitische Organisation der deutschen Landwirte feiert heute das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß war denn auch der Andrang zu dem Versammlungslokal des Bundes, der Philharmonie, besonders stark, und lange vor dem Beginn der Eröffnung waren Saal und Tribünen gedrängt voll, und bis in den Hofraum und weit auf der Straße staute sich die Menge derer, die vergebens Einlaß zum Saal begehrt hatten.

Der Bundesvorsitzende Dr. Roesicke

eröffnete die Jubiläumsversammlung mit einem ernsten Gedenken derer, die der Tod im letzten Jahre aus den Reihen des Bundes gerissen und denen es nicht vergönnt war, das 25jährige Bestehen des Bundes der Landwirte zu erleben. Darauf hielt der Bundesvorsitzende einen Rückblick auf die Geschichte des Bundes: Der Bund ist vor 25 Jahren im Kampfe geboren, und heute steht er wieder im Kampfe gegen eine Welt von Feinden, um das mit sichern zu helfen, was in 25 Jahren erreicht ist. Ohne das, was der Bund während seines Bestehens erreicht hat, wäre dieser Wirtschaftskrieg für uns längst verloren. Wenn wir unseren Feinden siegreich standgehalten haben, so hat der Bund der Landwirte hieran sein gutes Teil dazu mitgewirkt. Der Redner belegt dies mit einer Reihe von Zahlen, die dartun, wie das deutsche Wirtschaftsleben durch die Forderungen und Ziele des Bundes gestärkt worden ist. Allerdings hat der Bund bei der Regierung nicht durchzusetzen vermocht, daß wir Vorräte schaffen und auch eine wirtschaftliche Vorbereitung neben die militärische setzen können, wenn Deutschland einmal zum Kriege gezwungen sein würde. Um dies Ziel in Zukunft durchzusetzen, muß die Landwirtschaft Bundesgenossen suchen. Diesen Mitkämpfer hat sie in der Industrie gefunden, die, ebenso wie die Landwirtschaft das größte Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Inlandmarktes hat. Die Gegner dieses Grundsatzes, die das deutsche Wirtschaftsleben vom Auslande abhängig machen wollen, suchen nun einen Keil in die Landwirtschaft zu treiben, um Kleingrundbesitz gegen Großgrundbesitz zu verhetzen. Das sind dieselben Kreise, die jetzt einen Schmachfrieden dem deutschen Volke aufzwingen wollen, die zu verhindern suchen, daß wir das Siedelungsland vor unsern Toren, Kurland und Livland, nicht erhalten. Solange die „Friedens"-Resolution und die Mehrheit in Deutschland bestehen, [illegible] nicht zum Frieden bereit sein.

Der Redner schloß mit einem von der Versammlung stehend aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. Der Vorsitzende verlas darauf die Telegramme, welche der Bund an den Kaiser und den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gesandt hat, von denen die Anwesenden in jubelnder Zustimmung Kenntnis nahmen.

Der Kassenrevisionsbericht teilte dann mit, daß aus Anlaß des 25jährigen Bestehens ein Jubiläumsfonds gestiftet worden sei, der bald die siebenstellige Zahl erreicht habe.

Freiherr v. Wangenheim,

der als zweiter Bundesvorsitzender nun das Wort nahm, ging im einzelnen auf die Bestrebungen des Bundes in dem letzten Vierteljahrhundert ein. An der Spitze desselben steht das Ziel, den Schutz der deutschen Arbeit zu sichern, damit alle Kreise der Bevölkerung ihr sicheres Brot haben. Die Knebelung unseres Wirtschaftslebens durch die zahllosen Kriegsgesellschaften brauchte nicht zu kommen, wenn wir eine weitsichtige Vorratspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet getrieben hätten und die Regierung überhaupt einen wirtschaftlichen Plan gehabt hätte. Beides hat bisher gefehlt, und die Folgen dieses Fehlens sind auf der einen Seite ein immer weiter um sich greifender Zwang und Schleichhandel. Man hat wohl unzählige Organisationen zur Verteilung der Lebensmittel geschaffen, aber nicht eine einzige für die Erfassung der Nahrungsmittel bei den Landwirten. Diese Organisation wollen jetzt die Landwirte durch ihre schon bestehenden Verbände der Regierung zur Verfügung stellen.

Die neuen Handelsverträge dürfen keine Gefährdung des Schutzes der nationalen Arbeit bringen. Auch wirtschaftliche Verträge mit unsern jetzigen Freunden dürfen nicht zu unserm Nachteil geschlossen werden. Der uns vom Ausland angedrohte Wirtschaftskrieg muß durch einen siegreichen Friedensschluß verhindert werden. Die Landwirtschaft braucht Siedelungsland, die Industrie erweiterte Grundlagen ihres Bestehens und der Handel freie Betätigung in allen Weltteilen. Die Parole „keine Annexionen und Entschädigungen" kann nur von einem Träumer oder einem Menschen erhoben werden, denen das Wohlergehen der Feinde mehr gilt als des Deutschen Reiches.

Nach dieser Rede überbrachte der Vorsitzende des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Herr Landrat a. D. Rötger die Grüße und Glückwünsche der Industrie zum 25jährigen Bestehen des Bundes, der auch die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens von Landwirtschaft und Industrie hervorhob. Nach diesem kurzen Begrüßungswort sprach ein anderer Mann der Industrie zu den Landwirten, der

Reichstagsabgeordnete Dr. Wildgrube-Dresden.

Sein Thema war „Demokratisierung und Parlamentarisierung". Redner sah ab von langen theoretischen Ausführungen und nannte sogleich das Ziel der Demokratisierung und Parlamentarisierung, das in der Überwindung der Monarchie besteht.

Man muß fragen: hat sich in diesem Kreise das bewährt, was die Demokratie erstrebte, oder das, was die Monarchie geleistet hat? Das Volk wird zu gegebener Zeit seine deutliche Antwort hierauf geben. Die deutsche Demokratie ist von jeher kosmopolitisch gewesen und war immer bestrebt, das deutsche Volk nach dem Vorbilde des Auslandes zu gestalten. Die Demokratie ist eifrig daran, unsere nationalen Eigenheiten abzuschaffen, damit wir dem Auslande gefallen. Noch aber haben wir unsere Monarchie, der wir unsern Bestand in diesem Kriege verdanken. Darum müssen wir für ihre Erhaltung kämpfen, nicht um der Monarchie willen, sondern um unserer selbst willen. „Halte, was du hast, damit niemand dir die Krone nehme." Stürmischer Beifall dankte dem Redner.

Die Versammlung nimmt darauf einstimmig eine

Resolution

an, in welcher gefordert wird:

Die Möglichkeit für die Landwirte, ihre Helfer und Arbeiter genügend ernähren zu können. Genügende Zugtiere für die Frühjahrsbestellung. Beurlaubung der für die Bestellung notwendigen Landwirte. Sicherung der unerläßlichen Düngemittel. Zuweisung von Kraftfuttermitteln zur Hebung der Erzeugung.

Darauf erhielt der Reichstagsabgeordnete Weilnboeck das Wort, der hervorhob, daß der Bund der Landwirte auch jederzeit den besonderen Verhältnissen Süddeutschlands Rechnung getragen habe. Redner führt dann eingehend aus, was die deutsche Landwirtschaft von den Handelsverträgen mit dem Auslande fordern müsse. Ein lückenloser Zolltarif sei notwendiger wie je. Im Anschluß an diesen Vortrag wird eine weitere Resolution angenommen, welche die Forderungen der Landwirte auf handelspolitischem Gebiet enthält. Zum Schluß erhält

Kammerherr Major v. Oldenburg-Januschau

das Wort, der bei seinem Erscheinen am Rednerpult lebhaft begrüßt wird. Redner, der drei Jahre im Felde war, führt aus, daß es ein niederdrückendes Gefühl für einen Soldaten sei, der aus den Gefahren des Kampfes in das Parteigezänk der Heimat zurückkehrt, die vergessen zu haben scheint, daß noch der Krieg tobt. Wenn gerade jetzt von internationaler Verbrüderung gesprochen wird, so muß das geradezu anwidern. Aber diese Uneinigkeit ist auch eine Erbschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg. Der Kanzler, der im Innern wieder alles in Ordnung bringt auf den wird geschossen werden, und wenn nicht auf ihn geschossen wird, dann taugt er nichts; es wird nur darauf ankommen, daß er selbst auch schießt. Der Kanzler und der Reichstag haben versagt. Letzterer tut sich darauf etwas zugute, daß er die Kriegskredite bewilligt. Aber wenn die Russen und Franzosen nach Berlin gekommen wären, hätten sie im Totschlagen auch nicht vor den Herren Reichstagsabgeordneten Halt gemacht. Die Unzufriedenheit ist im Innern auch durch die verkehrte Ernährungswirtschaft großgezogen worden. Die zahlreichen Friedensangebote schaden uns nur im Auslande. Diese Handlungen der Regierung werden im Volke nicht begriffen, ebenso das ewige Nachgeben den Polen gegenüber. Es wird heute [illegible] Hindenburg und Ludendorff verdacht, daß sie sich mit politischen Dingen beschäftigen. Wenn wir einen Bismarck zum Kanzler hätten, brauchten sie das auch nicht, so aber ist das blutnotwendig. Preußen muß es als Demütigung empfinden, wenn ihm Minister aus Bayern gehalt werden, die ihm eine Verfassung oktroyieren wollen, die es nicht haben will. Nun zu dem schönen Wort vom Verzicht auf Entschädigung: Das letzte Bild in Rom müßte versteigert und der letzte Frank aus Paris müßte herausgepreßt werden, ehe der Deutsche auch nur eine Mark zu behalten braucht. Eine jährliche 10-Milliardenlast würde zur Auflösung des Deutschen Reiches führen. Die deutschen Herzen schlagen nicht in der Wilhelmstraße oder im Reichstage, sondern im Großen Hauptquartier. *F. B.*

Der Krieg.

Die Lage in Rumänien.

Nach italienischen Berichten erwartet man in Verbandskreisen bestimmt für die nächsten Tage entscheidende Ereignisse in Jassy und Bukarest. Man betrachtet den Rücktritt König Ferdinands als eine nicht mehr abzuwendende Tatsache, doch widersprechen sich die Nachrichten noch, ob der König zugunsten seines Sohnes oder seines Bruders abdanken werde. Die „Stampa" meldet aus Rom, König Ferdinand gedenke zugunsten seines Bruders abzudanken. Die „Morning Post" meldet über die Vorgänge in Rumänien: „Die Ententevertreter in Jassy wurden von den Regierungen davon in Kenntnis gesetzt, Verhandlungen Rumäniens mit dem Feind als unfreundlichen Akt anzusehen."

Nach Stockholmer Meldungen haben die Mittelmächte auf eine Anfrage wegen der Friedensbedingungen folgende Vorschläge gemacht: Als Kompensation für die Abtretung Bessarabiens Annektierung der ganzen Dobrudscha durch Bulgarien mit Ausnahme der Donaumündungen, die in rumänischem Besitze bleiben sollen. Völliges Desinteressement Rumäniens in den Fragen der rumänischen Bevölkerung Siebenbürgens, der Bukowina, des Banats und sonstiger Gebiete Ungarns. Grenzberichtigungen im Norden und Nordwesten Rumäniens an der Front der Karpathen (der Ostkarpathen und der Transsylvanischen Alpen) zugunsten Ungarns, dem die Kammlinien und die Ausgänge aus dem Gebirge zufallen sollen. Abschluß von Handelsverträgen mit dem Vierbunde auf der Grundlage der Meistbegünstigungsklausel und Gewährung von Begünstigungen für die austro-deutsche Schiffahrt auf der Donau. Verpflichtung Rumäniens, in der Zukunft die militärische Konvention von 1884 völlig zu respektieren.

Es handelt sich bei dieser Meldung wohl lediglich um Vermutungen.

*

Neue U-Boot-Beute.

Amtlich wird gemeldet: Im westlichen Mittelmeer wurden vier bewaffnete Dampfer und zwei Segler mit rund 23 000 Br.-Reg.-To. vernichtet.

Hierdurch wurden hauptsächlich italienische Reedereien geschädigt, die dabei drei Dampfer und zwei Segler verloren, und zwar die Dampfer „Participation" (2439 Br.-Reg.-To.) mit Apfelsinen nach Liverpool, „Caprera" (5040 Br.-Reg.-To.) und ein unbekannter italienischer Dampfer von etwa 8000 Br.-Reg.-To., sowie die Segler „Emma Felice" und „Agnese Madre" mit Farbrinde. Der vierte versenkte Dampfer war der englische Truppentransportdampfer „Minnetonka" (13 520 Br.-Reg.-To.), von dem 10 Gefangene eingebracht wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Nach Ablauf des Waffenstillstandes.

Österreich will mit Rußland weiter verhandeln.

In Wien wird halbamtlich bekanntgegeben: Infolge der derzeit in Rußland und zwar besonders in Petersburg herrschenden Anarchie und der dadurch bedingten Unsicherheit hat sich der Minister des Äußern veranlaßt gesehen, die unter Führung des Generalkonsuls v. Hempel in Petersburg befindliche Kommission zeitweilig abzuberufen. Die Kommission hat jetzt die deutschen Linien südlich Dünaburg überschritten und befindet sich auf der Reise nach Wien. Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin zurückbegeben.

*

Buchanan wieder Petersburger Botschafter.

Wie Stockholmer Berichte besagen, trifft die Nachricht von der Vertreibung des Ententebotschafters aus Petersburg nicht zu. Es sind im Gegenteil gemeinsame Beratungen der fremden Gesandtschaften mit Lenin und Trotzki vorbereitet. Von England geht jetzt ein Ruf aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland aufrechterhalten werden müssen. In den russischen Kreisen wird hartnäckig die Kunde verbreitet, daß Buchanan, der angeblich seinen Posten in Petersburg krankheitshalber verlassen hatte, die englische Botschaft in Rußland aufs neue übernehmen wird.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF